

Stadtrats- und Bürgermeisterwahlen 1946 bis 1960

Der nachfolgende Artikel zu den Stadtratswahlen 1946 bis 1960 ist der vierte Beitrag der Serie „75 Jahre Stadterhebung Fürstenfeldbruck“. Die Serie beleuchtet in insgesamt zehn Folgen typische Meilensteine der Entwicklung Fürstenfeldbrucks seit dem Jahr 1935.

Mit der Befreiung Fürstenfeldbrucks am 29. April 1945 durch die amerikanische Armee war die NS-Diktatur in unserem Ort beendet. Bald danach setzten die Amerikaner einen kommissarischen Stadtrat und einen kommissarischen Bürgermeister (Anton Uhl, ehemals BVP) ein. Nach den Vorstellungen der amerikanischen Militärregierung sollten Demokratie und Rechtsstaat „von unten“ aufgebaut werden. Hierzu gehörten vor allem die lokale Selbstverwaltung und aus freien, direkten, gleichen sowie geheimen Wahlen hervorgegangene politische Entscheidungsgremien, zunächst auf lokaler und regionaler Ebene. In den Jahren 1945 und danach lizenzierte die amerikanische Besatzungsmacht politische Parteien, an deren demokratischer Ausrichtung keine Zweifel bestehen durften. In Fürstenfeldbruck entstanden zunächst die SPD, die CSU und die KPD. Diese drei Parteien zogen auch in den ersten demokratisch gewählten Stadtrat am 27. Januar 1946 ein, der ersten freien Wahl in Bayern nach der NS-Diktatur.

Wahlergebnisse 1946 bis 1960

Stadtratswahlen	1946	1948	1952	1956	1960
	(Angaben in Prozent)				
Wahlbeteiligung	87,5*	78	77	77	70
CSU	55,6	24,1	27,3	24,4	27,9
SPD	38,6	20,6	18,6	25,4	28,2
KPD	5,8	3,4	1,2		
Freie Wählerschaft 1956				25,9	26,6
Überparteiliche Wählerschaft der Alt- und Neubürger Fürstenfeldbruck			22,3	3,9	
Brucker Block (Bayern-Partei, Freie Demokratische Partei, Parteifreie)				8,2	7,6
Bayern Partei		Aula links	19,1	12,5	
Gesamtdeutscher Block -BHE				7,1	9,6
UAF "Freunde der Stadt"		5,3	10,5	5,0	
WAV (Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung)		9,0			
Deutscher Block		2,8			

Rechtliche Bestimmungen bei den ersten Wahlen

Die Wahlberechtigten zur ersten Stadtratswahl 1946 mussten das 21. Lebensjahr vollendet haben und sich seit mindestens einem Jahr freiwillig sowie ununterbrochen in der Gemeinde aufgehalten haben. Vom Wahlrecht ausgeschlossen waren Personen, die vor dem 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetreten sind und alle Aktivisten die nachher eingetreten sind, Amtsträger, Führer und Unterführer der NSDAP, Angehörige der SS und weitere Amtsträger nationalsozialistischer Organisationen, die zu irgendeiner Zeit beigetreten waren. Diese Bestimmungen fielen bald weg.

Ähnlich waren die Vorschriften für die Stadtratskandidaten. Noch bei der Stadtratswahl am 25.4.1948 waren folgende Bewerber ausgeschlossen: Personen, die bei den Spruchkammerentscheidungen in die Gruppe „Hauptschuldiger“, „Belasteter“ oder „Minderbelasteter“ eingereiht worden sind und Personen, die Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, solange noch keine rechtskräftige Spruchkammerentscheidung vorlag. Dies kam in der Praxis jedoch kaum zum Tragen, da nur wenige Personen von den Spruchkammern in diese Kategorie eingereiht wurden.

Exemplarische Veränderungen der Wahlergebnisse

Der große Wahlerfolg der CSU bei der Kommunalwahl von 1946 lag vor allem an deren milden Umgang mit vielen kleinen ehemaligen NSDAP-Mitgliedern, an der streng antikommunistischen Stimmung in der Bevölkerung, an der Tatsache, dass die Kirchen als effektive Energiequelle und Transmissionsriemen der CSU fungierten, ferner daran, dass es ihr gelang, die angesehenen Personen am Ort an sich zu binden und vor allem daran, dass sie keine Konkurrenz im eigenen Lager fürchten musste, keine Bayernpartei und keine Königspartei.

Letzteres war eine Konsequenz der Lizenzierungspolitik der Besatzungsmacht, von der auch die SPD profitierte. Im Vergleich zur Wahl 1946 verlor die CSU in der Kommunalwahl 1948 über die Hälfte der Stimmen, die SPD knapp die Hälfte. Die wesentlichen Gründe für den Rückgang der CSU bestand in den landesweiten innerparteilichen Führungs- und Flügelkämpfen, an der Enttäuschung der Wähler sowie im Aufkommen der Konkurrenz, vor allem der Bayernpartei. Es vollzog sich eine große Wählerwanderung von der CSU zur Bayernpartei.

Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um einen Bruderzwist, denn beide Parteien hatten die gleichen Wählerschichten im Visier. Der Bayernpartei gelang es, sich im Konflikt mit der CSU als die weiß-blaue Protestbewegung bzw. als „Protestpartei der Einheimischen“ zu präsentieren und zu etablieren. Offensichtlich waren viele Wähler sowohl mit der CSU als auch mit der SPD im lokalpolitischen Rahmen unzufrieden und so profitierten auch die beiden anderen neuen Parteien WAV und vor allem die „Gemeinschaft“, eine lokalpolitische Besonderheit in Fürstenfeldbruck.

Die Unberechenbarkeit des Wählerwillens zeigte sich auch bei der Wahl im Jahr 1952, als die Überparteiliche Wählerschaft der Alt- und Neubürger Fürstenfeldbruck aus dem Stand über ein Fünftel der Stimmen bekam und mit dem Rechtsanwalt Dr. Fritz Bauer für die nächsten zehn Jahre sogar den 1. Bürgermeister stellte. Aus dieser Gruppierung ging dann die Freie Wählerschaft 1956 hervor. Seit der Wahl 1952 gab es – bis zur Kommunalwahl 1966 – in Fürstenfeldbruck drei etwa gleich große politische Fraktionen:

CSU, SPD und Freie Wählerschaft 1956 bzw. deren Vorgängerin. Die Wählerinnen und Wähler zogen also ein politisches Patt ohne ein dominierendes Macht- und Entscheidungszentrum vor, wahrscheinlich eine Reaktion auf den totalitären Einheitsstaat der NSDAP. Im wesentlichen handelte es sich dabei um ein zweigeteiltes bürgerlich-konservatives Lager sowie um die Anhängerschaft der SPD. Nicht zu unterschätzen ist auch die Tatsache, dass kleinere Parteien in der Lokalpolitik nicht außen vor blieben, dies hat also in unserem Ort eine lange Tradition. Die Freie Wählerschaft absorbierte einen großen Teil der Bayernpartei, auch der Niedergang der Flüchtlingsparteien, vom BHE

abgesehen, ist auffällig.

Die Stadträte



Stimmabgabe bei der Bürgermeisterwahl am 16. September 1962 (Foto: Stadtarchiv Fürstenfeldbruck)

Von 1946 bis 1966 saßen ausschließlich Männer im Stadtrat von Fürstenfeldbruck. Dies lag vor allem an Rollenbildern und Wertvorstellungen, die den Frauen ihren Platz als Erzieherin und Hüterin der Familie zuwiesen. Bei der Kommunalwahl 1948 waren von den 90 Kandidaten sieben Frauen. Dies war kein untypisches Ergebnis in Bayern, denn bei den Kommunalwahlen 1952 stellten die Frauen nur knapp zwei Prozent der bayerischen Kandidaten.

Im ersten gewählten Stadtrat von 1946 gab es noch keine ehemaligen Nationalsozialisten, doch zogen bereits bei der nächsten Wahl 1948 sechs ehemalige NSDAP-Mitglieder in den Stadtrat ein, von denen drei der Bayernpartei und zwei der Gemeinschaft angehörten. Einschließlich des Bürgermeisters gab es bei den vier Wahlen ab 1948 jeweils insgesamt 21 Stadträte. Nimmt man die vier Stadtratsgremien von 1948 bis 1960 zusammen, so belief sich der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder auf ca. 36 Prozent. Vor allem die Überparteiliche Wählerschaft der Alt- und Neubürger Fürstenfeldbruck sowie deren Nachfolgerin Freie Wählerschaft 1956 war ein Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten, die sich jedoch in den demokratischen Staat integrierten bzw. integrieren mussten.

In der CSU dominierten Kaufleute und Handwerksmeister, in der SPD staatliche wie nichtstaatliche Dienstleistungsberufe und in der Freien Wählerschaft 1956 Akademiker. Die

Mehrheit der Stadtratsmitglieder war bei Beginn ihrer Tätigkeit zwischen 40 und 50 Jahre alt, personelle Kontinuitäten zur Weimarer Republik gab es kaum. Die personelle Fluktuation zwischen den einzelnen Wahlperioden war vor allem bei CSU und SPD sehr hoch, beispielsweise setzten sich die Stadtratsmitglieder der SPD 1948 mit einer Ausnahme personell völlig anders zusammen als bei der Wahl 1946.

Eine große personelle Kontinuität wies dagegen die Freie Wählerschaft 1956 auf. Auszugsweise sei hier an einige Stadtratsmitglieder aus der Wahlperiode 1960 bis 1966 erinnert: Von der CSU an den Prokuristen Karl Huber (1899 – 1976) und an den Bäckermeister Josef Schwalber (1910 – 2006), von der SPD an den Gewerkschaftsangestellten Walter Schwarz (1914 – 1979) und an den kaufmännischen Angestellten Michael Neumeier jun. (1904 – 1991), vom BHE an den praktischen Arzt Dr. Wolfgang Klinger (1912 – 1980) und vom Brucker Block an den praktischen Arzt Dr. Lorenz Lampl (1917 – 1993). Erste Bürgermeister waren von 1946 – 1948 Hans Wachter (CSU), von 1948 – 1952 Michael Neumeier sen. (SPD), von 1952 – 1962 Dr. Fritz Bauer (Wählergemeinschaft der Alt- und Neubürger bzw. Freie Wähler 1956) und von 1962 – 1978 Willy Buchauer (SPD), der am 16.9.1962 nach dem Rücktritt von Dr. Bauer durch die Bevölkerung gewählt wurde.